



Pressemitteilung 13.10.2015

„Unvereinbar mit dem Grundrecht auf Asyl“

Amaro Drom und Ternengo Drom e Romengo kritisieren die geplante Asylrechtsverschärfung und stellen Forderungen für den Umgang mit Geflüchteten vom Balkan

Die Bundesregierung plant, in den nächsten Monaten das Asylrecht drastisch zu verschärfen. Dadurch wird sich die ohnehin bereits prekäre Situation von Geflüchteten aus den Westbalkanstaaten – insbesondere Roma – weiter verschlechtern. Montenegro, das Kosovo und Albanien sollen zu „Sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden. Geflüchtete aus dem Westbalkan sollen nur noch Sachleistungen erhalten und bis zu ihrer Abschiebung in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben.

„Die pauschale Einstufung einer Gruppe von Geflüchteten als nicht asylberechtigt ist unvereinbar mit dem Grundrecht auf Asyl, das zwingend eine gründliche und faire Einzelfallprüfung voraussetzt,“ so Merfin Demir, Vorsitzender von Amaro Drom e. V., einer interkulturellen Jugendelbstorganisation von Roma und Nicht-Roma.

„Die derzeitige politische Praxis ist es bereits, Geflüchteten aus dem Westbalkan, insbesondere Roma, pauschal die Schutzbedürftigkeit abzusprechen. Reale Fluchtgründe wie rassistische Verfolgung werden ignoriert, die Diskriminierung von Roma unsichtbar gemacht, indem sie als ‘Wirtschaftsflüchtlinge’ diskreditiert werden“, erklärt Demir. Ein kürzlich erstelltes Rechtsgutachten von Pro Asyl weist nach, dass die Menschenrechtsslage in den Westbalkanstaaten von direkter Gewalt gegen Roma gekennzeichnet ist. Außerdem werden sie in allen Bereichen der Gesellschaft, wie Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit, ausgegrenzt. Der Ausschluss auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens kann asylrechtlich als „kumulative Verfolgung“ (gemäß Artikel 9 der EU-Qualifikationsrichtlinie) anerkannt werden.

„Ich war bereits entsetzt von der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina als ‘sichere Herkunftsstaaten’ von Seiten der Bundesregierung. Sichere Herkunftsstaaten sind eine politisch begründete Erfindung, die durch eine politisch-juristische Praxis anschließend vermeintlich legitimiert wird“, sagt Nino Novaković, Vorsitzender von Ternengo Drom e Romengo, einer Selbstorganisation von Roma-Jugendlichen aus Niedersachsen. „Ich habe acht Jahre lang in Serbien gelebt und musste als Rom massive gesellschaftliche Diskriminierung erleben. Die geplanten Änderungen im Asylrecht bedeuten für mich die Einstufung einer Gruppe von Geflüchteten als Menschen zweiter Klasse.“

Entgegen der Darstellung der Bundesregierung lassen die geringen Anerkennungsquoten in Deutschland keinen Rückschluss auf die Berechtigung der Asylanträge zu. Andere europäische Länder erkennen Menschen aus dem Westbalkan als Geflüchtete an: In der Schweiz erhielten 2014 rund 37 % der serbischen und 40% der kosovarischen Antragsteller_innen einen Schutzstatus. Finnland gewährte 43% der Geflüchteten aus dem Kosovo Schutz. Dass die umfassende Diskriminierung von Roma in den Westbalkanstaaten von diesen Ländern als Fluchtgrund anerkannt wird, wird von der deutschen Bundesregierung bisher ignoriert.



Amaro Drom e.V.



„Eine pauschal geltende sechsmonatige Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Auch die Praxis, Sachleistungen statt Geld an die Geflüchteten zu vergeben, ist entmündigend und entwürdigend, da ihnen die Möglichkeit genommen wird, selbst über die alltäglichsten Bedürfnisse zu entscheiden“, kommentiert Novaković.

„Die aktuelle Asylrechtsverschärfung, wie auch die Verschärfung in 2014, wurde politisch vorbereitet durch den Diskurs um ‘Wirtschaftsflüchtlinge’ und Maßnahmen wie die Errichtung des ‘Balkan-Zentrums’ im bayerischen Manching. Zwar wird in den Debatten um ‘Balkanflüchtlinge’ meist nicht explizit von Roma gesprochen, jedoch werden rassistische Stereotype über Roma vorausgesetzt und durch politische Maßnahmen bedient. Die stigmatisierende Sonderbehandlung einer ethnischen Gruppe ist gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands inakzeptabel“, so Merfin Demir.

Asylpolitische Forderungen von Amaro Drom und Ternengo Drom e Romengo:

- Die gleiche und menschenwürdige Unterbringung und Versorgung aller Geflüchteten
- Die Abkehr vom Konzept der „Sicheren Herkunftsstaaten“
- Die Anerkennung der besonderen Fluchtgründe von Roma als verfolgter und diskriminierter Gruppe durch die Politik

*Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die **hier verlinkte Pressemitteilung** des Berliner Landesverbandes von Amaro Drom, Amaro Foro, vom 03.08.2015.*

.....

Amaro Drom e.V. ist eine interkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, um aktive Bürger_innen zu werden. Als junge Roma und Nicht-Roma übernehmen wir gemeinsam Verantwortung in der Gesellschaft für Achtung und gegenseitigen Respekt. Als Jugendselbstorganisation versteht sich Amaro Drom e.V. als basisdemokratische Struktur, welche jungen Menschen einen Raum der Vernetzung, des gemeinsamen Lernens und Erlebens, sowie der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung bietet.

Ternengo Drom e Romengo - Roma-Jugendliche in Niedersachsen e.V. ist ein niedersachsenweit tätiger Roma-Jugendverband, der sich für eine bessere Position und Lage der Roma-Jugendlichen in der Gesellschaft engagiert und die Stimme der Roma-Jugendlichen in Niedersachsen ist, sei es in Politik, Kultur, Teilhabe, Aufklärung oder Bleiberecht.

Pressekontakt: Anita Burchardt
Amaro Drom e.V.
Prinzenstraße 84 Aufgang 1
10969 Berlin

Tel: +49(0)30 61620010
Fax: +49(0)30 69001960
anita.burchardt@amarodrom.de
www.amarodrom.de